

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 297
Verlag: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Mittwoch

12. Januar 1927

Verlag und Anzeigenverteilung:
Gesellschaft 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Gewerkschaften bei Curtius.

Der Befugbürgerblockkanzler will die Arbeiterverbände einfangen.

Heute mittag hat die schon angekündigte Besprechung des von Hadenburg mit der Regierungsbildung betrauten Reichswirtschaftsministers Curtius mit den Vertretern sämtlicher gewerkschaftlichen Spitzenverbände stattgefunden.

Die Gewerkschaften brachten übereinstimmend zum Ausdruck, daß für sie der springende Punkt dieser gegenwärtigen Krise die Frage der Sozialpolitik und ganz besonders das Notgesetz über die Arbeitszeit, d. h. die Sicherung des Existenzminimums sei.

Ein parlamentarischer Nachrichtenbureau meldet über die Verhandlungen:

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius empfing die Führer der drei Gewerkschaftsrichtungen getrennt und zwar als erste die Vertreter der christlichen Gewerkschaften Baurisch, Brost und Otte.

Die Vertreter der Gewerkschaften trugen die Forderungen vor, die sie an die künftige Reichsregierung stellen. Unter den sozialpolitischen Forderungen wurde besonders die Notwendigkeit einer tragbaren Zwischenlösung der Arbeitszeitfrage unterstrichen.

tag, namentlich für Betriebe, in denen mit giftigen Stoffen gearbeitet wird.

Weiter wurde die Frage der Ueberstunden und der Sonntagsruhe behandelt. In der Arbeitslosenversicherung verlangen die Gewerkschaften eine stärkere Staffelung der Unterstützungssätze.

Eine ausreichende Vertretung der Arbeitnehmer in den Wirtschaftskammern sowie auf der im Mai stattfindenden Weltwirtschaftskonferenz wurde ebenfalls verlangt.

Dr. Curtius ging in keiner Erwiderung auf die einzelnen Punkte ein. Dabei teilte er mit, daß das Wohnungsbauprogramm für 1927 bereits vorliege und daß Hoffnung bestehe, auch für die weiteren nächsten Jahre zu einer Verständigung zu gelangen.

In den Fragen des Kartellwesens hält er es für wünschenswert, zunächst die Ergebnisse des Enqueteausschusses abzuwarten.

Im Anschluß an die christlichen empfing Dr. Curtius die Vertreter der Freien Gewerkschaften und eine Stunde später die Vertreter des Gewerkschaftsringes.

Die Unternehmer bei Curtius.

Dr. Curtius hat die Vertreter der Unternehmervverbände für morgen, eventuell übermorgen zu einer Besprechung eingeladen.

Die Verhandlungen unterbrochen.

Die parlamentarischen Verhandlungen über die Regierungsbildung sind bis zur Entscheidung der Zentrumsfraktion verschoben worden.

Der dem Zentrum nahestehende Reichsdienst der Deutschen Presse hält es für höchstwahrscheinlich, daß die Zentrumsfraktion sich dem Zwischenbeschluß des Fraktionsvorstandes anschließen werde.

In diesem Falle würde der Versuch des Reichswirtschaftsministers Curtius gescheitert sein.

Ein juristisches Oberhaus?

Eine Erwiderung.

Von Dr. Gustav Radbruch.

Genosse Kurt Rosenberg hat hier vor nicht langer Zeit („Vorwärts“ vom 18. November 1926, Morgenausgabe) den „Entwurf eines Gesetzes über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsrechts“ kritisch besprochen.

Anlaß und wesentlichste Aufgabe des Entwurfes ist, den Gerichten die Möglichkeit zu nehmen, die Verfassungsmäßigkeit ordnungsmäßig verkündeter Reichsgesetze in Frage zu ziehen.

Der Entwurf will das Prüfungsrecht, das es den einzelnen Gerichten nimmt, im Staatsgerichtshof konzentrieren. Genosse Rosenberg hat diesen Vorschlag des Entwurfes bekämpft; er hat ihn dahin gekennzeichnet, daß der Staatsgerichtshof wie ein „juristisches Oberhaus“ über die gesetzgebenden Organe gestellt werde.

Freilich, insofern gehe ich mit dem Genossen Rosenberg einig: die Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen darf nicht einer rein juristisch besetzten Instanz anvertraut werden.

Noch manche andere gefährliche Vorschläge des Entwurfes bedürfen der Berichtigung. So halte ich die unbefristete Initiative des Gerichts für eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen für überflüssig und schädlich.

Washingtons Gewaltpolitik.

Die „Neutralisierung“ Nicaraguas. - Scharfe Proteste in Washington selbst.

Managua, 12. Januar. (W.F.B.) Amerikanische Marine- und Luftkräfte sind den Fluß Escondido 60 englische Meilen hinaufgezogen, um im Inneren Nicaraguas eine neutrale Zone zu errichten.

Mit unübertrefflichem Spionismus setzt die Regierung Coelbge ihre Interventionsstätigkeit in Nicaragua zugunsten des gefallenen Usurpators Diaz fort.

Amerika glaubt, daß es sich diese Bergewaltigung kleinerer Nachbarstaaten erlauben könne, nachdem ihm in der Vergangenheit alle derartigen Unternehmungen gegolten seien.

Amerika glaubt um so mehr, sich diese Brutalitäten leisten zu können, als es damit rechnet, daß die europäischen Staaten es nicht wagen werden Partei für den Schwachen gegen den Starken zu ergreifen.

kapitals zur Wiederherstellung gesunder Wirtschaftsverhältnisse, und kein Staat kann es sich daher leisten, Amerika zu verschmähen.

Die Haltung Amerikas gegen Mexiko und Nicaragua erklärt zugleich die Ablehnung, die die seit 1920 in Amerika am Ruder befindliche Partei sowohl gegen den Völkerbund wie auch gegen den Haager Schiedsgerichtshof an den Tag gelegt hat.

Und diese Regierung ist es, die bei jeder Gelegenheit so von oben herab an die Europäer Friedensmahnungen richtet und das amerikanische Beispiel ihnen als Muster vorhält!

„Ich weiß, sie trinken heimlich Wein und predigen öffentlich Wasser.“

Die Wiener Bankstaudale haben jetzt zur Verhaftung des früheren Direktors der Allgemeinen Industriebank, eines Budapesters Rechtsanwalt Dr. Caspary und des Verwaltungsratsmitgliedes Kommerzialrat Dr. Desbänder geführt.

tag und Reichstag sämtlich einverstanden über die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes, so besteht bei dieser Einigkeit politisch so verschieden gearteten Stellen eine so starke Vermutung für die Verfassungsmäßigkeit, daß Zweifel irgendeines Amstrichters daran, auch wenn sie vom Oberlandesgericht geteilt werden, nicht zu dem in jedem Falle die Rechtsicherheit ersichernden Verfahren vor dem Staatsgerichtshof führen dürfen.

Bedenken weckt ferner die Vorschrift des Entwurfes, daß dem Staatsgerichtshof die Entscheidung auch darüber zustehen soll, ob ein Gesetz „rechtsgültig zustande gekommen ist“. Das könnte dahin ausgelegt werden, daß etwa auch die im Einverständnis mit dem Sitzungsvorstand getroffene Feststellung des Reichstagspräsidenten, bei einer Abstimmung habe die Mehrheit oder die qualifizierte Mehrheit der Abgeordneten gestanden, vom Staatsgerichtshof etwa durch Zeugenvernehmung nachgeprüft werden könnte, rein innere Verhältnisse des parlamentarischen Betriebes also unter die Kontrolle außerparlamentarischer Instanzen gestellt würden.

Schließlich ist es eine Lücke des Entwurfs, daß er wohl im Falle der Verkündung eines verfassungswidrigen Gesetzes, nicht aber im Falle der Nichtverkündung eines vorgeblich verfassungswidrigen Gesetzes durch die Regierung das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof zuläßt. Man kann bei unseren Parteiverhältnissen nicht einwenden, einer Regierung, die ein von der Mehrheit des Reichstags angenommenes Gesetz nicht verkündet, werde das Vertrauen entzogen werden — es ist nicht sicher, daß sich die Mehrheit, die das Gesetz abgelehnt hat, auch zum Sturz der Regierung zusammenschließt. Deshalb muß die durch § 7 eröffnete Möglichkeit, schon über die Verfassungsmäßigkeit noch nicht verkündeter Gesetze ein Gutachten des Staatsgerichtshofs herbeizuführen, nicht nur dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung, sondern auch der Minderheit des Reichstags und des Reichsrats gewährt werden.

Mit Recht hat also Genosse Rosenfeld auf die Gefährlichkeit des Entwurfs hingewiesen. Sie darf aber bei der Unerschlichkeit gesetzlicher Regelung der einschlägigen Fragen nicht zu seiner Ablehnung führen, sondern nur zu seiner Umgestaltung.

### Ein Geflügel-Dementi.

Fabrikant von Herrn Wilhelm Bied. — Er gibt Granaten und Giftgas zu.

Herr Wilhelm Bied, Mitglied der kommunistischen Zentrale, schickt uns folgende Bestätigung in Form eines Dementis:

„Ich ersuche Sie, in der nach Empfang dieses Briefes erscheinenden nächsten Nummer des „Vorwärts“ folgende Erklärung aufzunehmen:

Die in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 10. Januar in der Kollz „Die Sowjetgranaten“ enthaltene Behauptung, daß „in einer Sitzung des Politbureaus der kommunistischen Zentrale der Hg. Bied festgestellt hat, daß die Angaben über die Granaten- und Giftgasfabrikation in Rußland und die Munitionstransporte nach Deutschland auf Tatsachen beruhen“, ist eine Lüge. Ich habe weder im Politbureau, noch an irgendeiner anderen Stelle eine solche „Feststellung“ über Munitionstransporte gemacht, noch konnte ich sie machen, weil sie den Tatsachen nicht entsprechen.“

Es ist also wahr, daß Granaten- und Giftgasfabriken in Geflügelbetrieben in Rußland von Bied zugegeben worden sind. Die Munitionstransporte leugnet er hartnäckig in der Öffentlichkeit — man darf nicht zuviel auf einmal zugeben.

Im übrigen hat die Berührung mit der Reichsmehr Früchte getragen. Dieses Bied-Dementi könnte aus dem Reichswehrministerium stammen.

## Das Zentrum gegen Curtius.

### Für die Große Koalition.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums tritt, wie schon gemeldet, heute abend zusammen. Nach dem Verlauf der Sitzung, die der Fraktionsvorstand gestern abgehalten hat, ist anzunehmen, daß die Kandidatur Curtius heute abend erledigt sein wird. Im Anschluß an das Communiqué über die gestrige Sitzung, wonach der Vorstand gegen Curtius „schwere außen- und innenpolitische Bedenken“ hat, führt die „Germania“ aus:

Die Bedenken, auf die im obigen Communiqué des Fraktionsvorstandes der Zentrumsfraktion Bezug genommen wird, sind dieselben, die wir an dieser Stelle schon des öfteren ausgeführt haben. Sie sind sowohl außen- wie innenpolitischer Natur. In außenpolitischer Hinsicht beziehen sie sich auf das absolute Fehlen jeder Gewähr für die Fortführung der Außenpolitik in dem Geiste, der sie seit Jahren erfolgreich beverflicht hat und der nach der letzten Ueberzeugung des Zentrums auch weiterhin maßgebend sein muß, wenn die Zukunft die Früchte zeitigen soll, die man von ihr erhofft. Und was die Innenpolitik angeht, so brauchen wir nur an die sozial- und wirtschaftspolitischen Materien zu erinnern, die den Reichstag in der nächsten Zeit beschäftigen werden. Doch es möglicherweise diese Frage mit dem von Dr. Curtius beabsichtigten Kabinett zu lösen, glaubt das Zentrum nicht. Die innen- und außenpolitischen Bedenken, die der Fraktionsvorstand der Zentrumsfraktion hier noch einmal in den Vordergrund gestellt hat, erscheinen angesichts des Verhaltens der deutschnationalen Volkspartei in den letzten Monaten geradezu unüberwindlich; andererseits aber will es uns scheinen, als ob bei allseitiger vernünftiger Behandlung auch noch andere Möglichkeiten der Lösung der Krise gegeben wären. Die Auffassung des Zentrums geht nach wie vor dahin, daß die Lösung der Schwierigkeiten, in denen wir uns jetzt befinden, am besten durch ein Zusammenarbeiten der Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten erreicht würde.

Die außerordentlichen Schwierigkeiten, die dem Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie und der Volkspartei entgegenstehen, wird man auch im Zentrum nicht verkennen. Ebenso weiß man dort, daß die Volkspartei zurzeit fester denn je entschlossen ist, das Zustandekommen einer Großen Koalition zu verhindern. Der Beschluß, den das Zentrum heute abend fassen wird, wird daher kaum mehr als negative Bedeutung haben, indem er die Kandidatur Curtius ausschalten wird. Dann erst wird der harte Kampf um die positive Lösung beginnen.

### Löbe und Jaleski.

Der Reichstagspräsident in Danzig.

Danzig, 12. Januar. (TL.) Reichstagspräsident Löbe sprach gestern abend in Danzig über den österreichisch-deutschen Anschlußsgedanken. Dem Vortrag wohnten u. a. der Präsident des Senates, Dr. Sahm, und der deutsche Generalkonsul v. Theermann bei. Löbe stellte auch die letzte Rede des polnischen Außenministers Jaleski und erklärte: Wir in Deutschland ebenso wie auch sicher Sie hier in Danzig sind sehr verwundert über den ungemein drohenden Ton dieser Rede; ich glaube, daß Deutschland dazu nicht den geringsten Anlaß gegeben hat. Ich kann nur sagen, daß solche drohenden Reden dem Gedanken des Friedens kaum dienen. Bei uns denkt kein Mensch an feindselige Handlungen gegen Polen, sondern wir sind überzeugt, daß in beiderseitigem Interesse die etwa vorhandenen Streitfragen auf friedlichem Wege ausgeglichen werden können.

Am 16. d. M. spricht Genosse Löbe in der westpolnischen Industriestadt Lodz anlässlich des Jubiläums der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens; der Reichstagspräsident wird dabei die Frage der dauernden Friedenssicherung in Osteuropa behandeln. Wie

mir hören, wird auch Wg. Genosse Riedziakowski, Chefredakteur des polnisch-sozialistischen Zentralorgans „Robotnik“, Warschau, an dieser Feier teilnehmen, ebenso Wg. Genosse Otto Bauer-Wien für unsere deutschösterreichische Bruderpartei.

### Warschauer Befürchtungen.

Warschau, 11. Januar. (OE.) Wie verlautet, ist die polnische Regierung eifrig bemüht, durch den französischen Botschafter in Paris die Ansicht zu verbreiten, daß von den deutschen Ostfestungen Kriegsgefahr drohe, weil die deutschen Militäristen bei einem Ueberfall auf Polen sich auf diese Befestigungen stützen könnten. Auch von angeblich dort angesammeltem Kriegsmaterial für die Russen ist die Rede und im Zusammenhang damit läßt man wieder einmal die Sowjetarmee als drohendes Gespenst auftauchen. Die von der Sowjetregierung bereits demontierten Nachrichten über Zusammensetzung von Truppen an der Westgrenze der Sowjetunion täuschen die polnischen Pilsudski-Blätter auch jetzt noch auf.

Auch in der soeben abgeschlossenen Tagung des Parteirates der christlich-demokratischen Partei sagten die Redner über die gefährliche Isolierung Polens und seine Bedrohung von Osten und von Westen. Dazu komme noch die lächerliche Zurückhaltung der baltischen Staaten. Korfanty äußerte sich ebenso pessimistisch über die wirtschaftliche Lage Polens. Korfanty fordert sofortige wirtschaftliche Verständigung mit den großen Nachbarländern. Polen sei in Gefahr, in wirtschaftlicher Hinsicht „in eine katastrophale Lage zu geraten“, was besonders in den Grenzgebieten wie Oberschlesien „unberechenbare Folgen nach sich ziehen müßte“.

### Wird Wilna Festung?

Wilna, 11. Januar. (OE.) Aus Wilna eingetroffene Plauer Berichte, daß die Polen eifrig an der Befestigung Wilnas arbeiten. Wilna soll angeblich in eine Festung verwandelt werden mit 4 Forts, 2 auf jedem Ufer der Wisla.

### Ermordung eines Faschistenführers.

Signal für neue Schandtaten?

Rom, 11. Januar. (W.B.) In einem Orte in der Provinz Piacenza wurde der faschistische Sekretär Cochotto nach einem Streit mit zwei Sozialisten auf seinem Heimwege durch zwei Gewehrschüsse getötet. Die Täter sind entflohen.

### Faschistischer Größenwahn.

Rom, 11. Januar. (W.B.) Der Generalsekretär der faschistischen Partei gibt bekannt, daß die faschistische Partei nur die faschistischen Studentengruppen anerkenne, die allein autorisiert seien, die italienischen Studenten auf internationalen Veranstaltungen und in ihren Beziehungen zu anderen Studentenverbänden zu vertreten.

Ueber Italien hinaus haben die Oberbündigen Mussolinis nach nicht zu bestreiten; solche Organisationen, die sie als alleinberechtigt erklären, sind bei den zivilisierten Menschen schon von vornherein abgemeldet.

### Sicherung des Arbeitsfriedens.

Vorschlag Arthur Hendersons.

London, 12. Januar. (OE.) Der Arbeiterführer Arthur Henderson sprach in Falkirk u. a. über die Notwendigkeit des industriellen Friedens. Er machte den Vorschlag, daß der Premierminister den Sprecher des Unterhauses beauftragen möge, eine Konferenz zwischen Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer einzuberufen. Er erachtet die Frage für reif, eine ständige nationale Behörde einzusetzen, die Vorschläge zur praktischen Regelung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern machen soll. Dieser Vorschlag Hendersons beruht auf den Arbeiten eines Komitees vom Jahre 1919, das vom Premierminister Lloyd George eingesetzt worden war, dessen Empfehlungen aber unter den Tisch fielen.

## Musik.

Von Kurt Offenburg.

Wenn du zum Tode verurteilt im Gefängnis oder Krankenhaus die Minuten zählst, die dich von der schrecklichen Seere des Nichts noch trennen, und du lächelst an den Klang einer Drehorgel — von einem schmerzigen Bettler gedrückt, quiekende Wiederholung verflüsselter, abgelesener Ueberschwenglichkeiten — ergreife dich nicht rasende Sehnsucht nach dem Blick des atmenden Rhythmus „Bereweile doch...“

Aus dem Gemurmel des Gebetes am großen Festtage der Juden könt eine stammende Stimme: die israelische Ekstase des von Hunger und Gebet entkörperter Vorsängers, der das Bekenntnis der Sünde und die Schwüre des Glaubens zu seinem Gott ausschreit, daß die gleichgültige und müde Gemeinde in Angst vor dem Vergeltet erstickt...

In trostlosem Verlangen dehnt sich das Burlakenlied, das die Wolfgänger singen, wenn sie die schwer beladenen Röhre den Fluß hinauffahren, — bis endlich eine Einzelstimme den Rhythmus empormüht und aus der Dede der Schwermut in den unendlichen Himmel hinausschwingt...

In einer kleinen Wirtschaft — matt und schwer verhängt vom Nebel aus Alkohol, Tabak und billigen Essen — hocken tolle, rundbäuchige Bürger und sinnlich bösende Ueberschwenglichkeiten. Es ist überflüssig, daß das Musikantenpaar zur Tür hereinkommt. Mit blinzelnden Widen sieht das abgeblühte Weib im dürftigen Buß des nachtschen Dindillsleides zu dem verlassenen Kerl auf, der die Liebharmonika trägt. Sie singen Duette von graufiger Verblichtheit, und immer, wenn der Mann den Versuch macht, die Begleitung in der Terz zu nehmen, dann wackelt des Weibes schriller Sopran, daß der Boh sich schlammig zum Unisono wendet. Müd und zerfahren singen sie ihre iden Vokale. — Dann aber, wie er wärmer wird und seine erste noch bessere, verlassene Stimme sich lösen füllt, muß das Weib schweigen. Sein Boh ist noch schön in der Mittelage; keine breiten Röhren blähen sich auf, wenn er einen dunklen und voll vibrierenden Ton auspinnt; die zerbrochenen Stellen deckt er nicht ohne Geschicklichkeit. — Schmalzige Sentimentalität reizt zum Lachen. „Nach Gott... man trägt, was man nicht ändern kann...“ Aber je mehr er ins Singen kommt, um so echter wird keine Musikalität, und siehe! — sein Publikum, diese in lautes Behagen vertrocknete Gesellschaft, beginnt aufzuwachen. Und wie es flackert, die Frau mit dem Teller umhergeht, der Rhythmus einen Schnaps spendiert bekommt, fällt alle Hemmung und Niedrigkeit von ihm ab. Er wandelt sich: Energie und Behemung spannen das trübe und schaffe Gesicht, und er singt einen einfältigen und sentimentalen Schloger mit einer Steigerungskraft, die sich erschüttert.

Und wieder siehst du diesen Mann. Vielleicht ist er jung und von matter Blondheit; aber du erkennst den Topus im Stehgeiger des eleganten Konzabissements, dessen „beliebte“ Kapelle die Reute

antodt. Auch auf diesem Gesicht sieht man im gedämpften Licht der Klaviersehnen die dämmende Vermischung. Die müde, abgrauende Veere der Jüge aber erluchtet, wenn er spielt; wenn er die Musikler und durch sie den Saal der Tänzer mit seinem rosenden Willen zur Lust aufweicht. — Auch hier ist das Musikstück das mindeste. Biellehrt hat er nie andere Kunst erlebt, als diese Dummheit und Fogitrotts, die er auf seiner Geige ansührt. Aber er erfüllt sie mit der Intensität seines Seins, und er verschwendet im Taumel alle Reserven seiner Nerven. Er verzehrt zur Veranschaulichung der parfümierten und stöckenden Luft und der Seelen dieser hungrigen und Ueberfalten sein Ich, so daß nichts mehr übrig bleibt für das Leben seiner Lage, als eine gefüllte und leere Kreatur.

Wie du versunken am Tisch sitzt und vom Tanz dieser Musik in wirbelnde Verlorenheit gewiegt wirst, schwindet der Saal und die Braut der falschen Verlierer und gleichenden Demosie... Und du bist lähmungs in einer reinen, weißen Halle. Welche Schörbhallination erweckt in dir die Trunkenheit und seltsame Feierlichkeit des Schlusses der Neunten Symphonie? „Brüder überm Sternenselt...“ Und die Melancholie des Burlakenliedes, die Ekstase des Vorbeters in der Synagoge, die Wallust des Welgers im Tanzpalast, der rhythmische Schwung des Sängers in der Kneipe, und Weisheit und Bändigung: sie sind in der Festung des Mannes, der das gewaltige Orchester mit dem leichten Druck, dem kaum merkbaren Wink seines Stabes und mit der Gewalt seines formenden Willens zum Leben zwingt.

Russik ist alles: Erhebung über Räte des Dokains in eine Sphäre der reinen Erlösung, und Musik ist die Luft der Sinne, daß sie aufbrausen und überschäumen und sich selbst im Rausch zerstören. Aber unbegreifliches Phänomen: so weit entfernt dieses ewig Jenseitige und das roheste Diesseits von einander sind, — es geschieht, daß das Blut zu Geist und Geist zu herausragendem Blut wird.

Ein dämonischer Augenblick — und die Erhöhung des Gefürms einer Jazzbande reißt keine Seele ins Unermeßliche, und der tanzende Stehgeiger tobt in der Befessenheit des Gottes. Nur weil der Aufschwung so kurz ist, die rauschhafte Minute verfliegt und tobende Schlaflosigkeit alsbald die rasch erbliche Selbsteit entleert, glauben wir nicht an die Wirklichkeit der Erfüllung. Und doch wirkt dieselbe Triebkraft in den Frontänen von Seligkeit, die sich im Tanzloos über uns ergießen, wie in der „heiligen“ Kunst: in der Leistung des Künstlers, der alle Hemmungen der Technik überwunden hat, um das Wesentliche in Freiheit legen zu können.

Allezeit ist es nur ein kleiner anatomischer Unterschied im Gehirn, eine Frage der Beharrlichkeit, der Arbeitsfähigkeit, die den Meister von dem kleinen Bruder Müttler unterscheidet, der nur Minutenlang (und vielleicht nur, weil seine arme Seele von Alkohol und Liebe gespannt ist) das Ewig-Eine erfüllt und aus sich lösen läßt.

Entdeckung unserer götterlosen Gegenwart: daß die Grenze, die vergangene Generationen luftschon und streng zwischen dem heiligen Land der Kunst und dem Lustgarten des Vergnügens gezogen haben, fliehend ist; daß in dem Schnelllebensjournal der Motoren, in der letzten Kraftleistung der Muskel und in jeder Steigerung deines Seins der gleiche bebende Rhythmus schwingt wie in der Erhöhung der Kunst.

Rainer Maria Rilke zum Gedächtnis. Dem kürzlich verstorbenen Dichter widmete in der Buch- und Kunsthandlung Reuß und Pollack Max Schneider-Brallard eine Stunde des Gedankens. Paul Valerys und Artur Silbergheits Verse an den Toten, Rilkes „Selbstbildnis“, seine Dichtung „Tod des Dichters“ begannen den Abend als feierliches Requiem. Dann gestaltete Mary Schneider das Werk Rilkes an wenigen, doch mit großer Liebe und großem Verleben ausgewählten Versen. Die Frauen, die toten und doch so lebendigen Dinge, die Musik, den großen Dreifaltigkeit im Leben dieses Dichters, das so sehr wie kaum je ein anderes auf die Harmonie der Schönheit abgestimmt war, ließ sie einer andächtigen Sphäre erhören. Mit einer Eindringlichkeit, die man Befessenheit nennen könnte, wenn dieses Wort einem Rilke-Abend nicht gar so fremd bleiben würde, formte sie die Verse nach, ihren klingenden Melodien ganz hingegen und doch so, daß man über der Musik der Worte nie ihren Inhalt verlor. Auch von den letzten, in französischer Sprache geschriebenen Dichtungen Rilkes hörte man einige. Sie waren voll Schönheit wie alle seine Verse, ein wenig müder, aber nur. Wohl auch nicht ganz so intensiv ihn selber wiederklingend wie seine deutschen, doch sicher wert, gehört und geliebt zu werden. Les.

Reichsoolkstunsausstellung. Bekanntlich plant der Reichskunstwart eine Reichsoolkstunsausstellung, die im ganzen Reich gezeigt werden soll. Die Vorbereitungen für die Ausstellung, die vom Reichskunstwart Dr. Redzob getroffen werden, sind soweit gediehen, daß die notwendigen Unterlagen, namentlich über die Höhe der erforderlichen Mittel usw. in den nächsten Wochen dem Reichstag zugehen können.

Drachlose Filmübertragung. „Times“ meldet aus New York, daß die Uebertragung von kinematographischen Filmen auf drachlosem Wege eine vollendete Tatsache sei. Dies sei von einem Mitglied des Instituts für Radiotechnik in New York Dr. Weganderson dargelegt worden. Mit einem einfachen Apparat habe er auf drachlosem Wege einen Film auf die Weinwand projiziert, der ihn selbst im Gespräch mit Freunden darstellte.

Moderne Kunst und Kunstbetrachtung ist das Thema zweier Vorträge, die Prof. Dr. E. S. Sandtuchl auf Einladung der B o l l s - S ä l e hielt. Die erste Veranstaltung findet am Sonnabend, den 15. abends 8 Uhr, im Hörsaal des Kunstmuseums, Prinz-Waldstr. 7a, statt.

Im Kaiser-Friedrich-Museum beginnt Dr. S. Baum, Februart für Kunst im Volkstheater, am 16. d. M., 10-11 Uhr, eine Vortragsfolge von fünf Doppelstunden über die Restaurierung der Malerei und Plastik.

Eine Ausstellung von Schülerarbeiten des Real-Gymnasiums in Karlsruhe und des Real-Gymnasiums in Lichtenberg, der Klassen des Real- und Reichsgymnasiums in Lichtenberg, ab in der Kunstausstellung „Der Sturm“, Potsdamer Str. 134a, zu sehen. Ferner neue Aquarelle und Zeichnungen von Hugo Scheider-Budapest.

Der Ball des Ueberschwenglichen Künstlerkreises findet Sonnabend, den 15. d. M., im Hotel Kaiserhof statt.

## Der Terror in der Sowjetunion. Gewaltanwendung gegen politische Gefangene.

In dem Berchne-Uralster Gefängnis, dem sog. politischen Isolator befinden sich zurzeit 200 politische Gefangene, darunter 50 Frauen. Der sozialdemokratischen Partei gehören 80 und der zionistisch-sozialistischen Partei 38 Personen an.

In diesem Gefängnis spielen sich vor kurzem haarsträubende Vorgänge ab. In einer der Zellen sah zusammen mit vier georgischen Sozialdemokraten ein parteiloser Arbeiter der „Dynamowerke“ Besjantin. Da sich die Georgier, die die russische Sprache schlecht beherrschten, miteinander in der georgischen Sprache unterhielten, fühlte sich Besjantin vollkommen isoliert und bat um die Ueberführung in eine Einzelzelle. Diese Bitte wurde abgelehnt. Er erlitt deshalb am 13. Oktober den

### Hungerstreik.

In den letzten Oktobertagen verbreitete sich das Gerücht, daß man bei ihm künstliche Ernährung anwenden werde. Als die politischen Gefangenen am 30. Oktober (am 17. Tage des Hungerstreiks!) in Erfahrung brachten, daß man Besjantin unbekannt wohl fortgeschickt habe, unternahmen sie als Protest eine Obstruktion, indem sie mit den Tischen und Bänken gegen die verschlossenen Türen schlugen. Die Gefängnisterritorien wurden sofort mit Soldaten der politischen Staatspolizei (der Tscheka), die sich senkrecht in der städtischen Kaserne befanden, besetzt. Die Tschekisten drangen in die Gefängniszellen ein (viele von ihnen waren betrunken) und erklärten, daß über das gesamte Gefängnis für drei Tage Korzerzustand verhängt sei. Daraufhin warfen sie Tische, Bänke, Betten und die Sachen der Gefangenen in den Korridor hinaus. Als sie damit fertig waren, fielen sie in Gruppen von 20 bis 25 Personen über die Gefangenen her und zogen ihnen mit Gewalt die Stiefel von den Füßen, wobei sie ihnen zwischen durch

### Fußstrikte und Faustschläge

verfehten.

Nach empörender war das Verhalten der Tschekisten in der Frauenabteilung. Nachdem sie sämtliche Sachen aus den Zellen hinausgeworfen hatten, begannen sie den Frauen die Schuhe und Strümpfe von den Füßen zu reißen. Es war ein entsetzlicher Anblick. Die einen packten die Frauen und hoben sie in die Höhe, die anderen zogen ihnen die Schuhe und Strümpfe aus, wobei sie ihre Opfer auf die gemeinste Art beschimpften. Die Sozialrevolutionärin Kischelkowskaja, die gegen die Behandlung protestierte, wurde zu Boden geworfen und blutig geschlagen. Auch Holzmann und viele andere Frauen, deren Namen noch nicht festgestellt worden sind, wurden auf diese Weise mißhandelt. Auch die Genossen Dalinski und Dichter wurden für den Versuch, ihre Frauen zu schützen, verprügelt. Dasselbe Schicksal ereilte auch die Kranken Genossen, die in einer besonderen Zelle untergebracht waren. Hier wurde u. a.

### auch der franke und ganz alle Strukow verprügelt.

Diese Mißhandlungen wurden am 1., 2. und 3. November, sowie an den folgenden Tagen, nachdem der Korzerzustand aufgehoben war, fortgesetzt. Besonders schlimm wurden die Petersburger Studenten, darunter Bewick, Tarasow u. a. zugerichtet, die im Jahre 1925 unter der Anklage der Jugendlichkeit zur sozialdemokratischen Partei verhaftet wurden.

Als Protest gegen diese Gewalttätigkeiten erklärten die Gefangenen einen dreitägigen Hungerstreik.

Zurzeit herrschen in dem Gefängnis schlimme Zustände. Die Verwaltung ist bestrebt, durch kleinliche Schikanen die Erregung der Gefangenen auf die Spitze zu treiben. Bei dem kleinsten Protest werden die Gefangenen verprügelt. Das Gefängnis steht vor dem Ausbruch eines allgemeinen Hungerstreiks.

Diese Mitteilungen gingen dem Berliner russischen „Sozialistischen Boten“ von einem Mitglied der zionistisch-sozialistischen Partei zu, der eben aus der Haft nach Palästina abgehoben wurde.

## Der bedeutungslose Dred.

### Kommunistenausschluß und Krach in Oesterreich.

Die deutsche Kommunistische Partei ist der Aße der russischen, die österreichische der Aße der deutschen. Es wird Fraktionskrach gemacht in Rußland, in Deutschland, in Oesterreich. Es wird ausgeschlossen, verdammt, verurteilt. Je kleiner die Maßstäbe werden, um so lächerlicher wird die Geschichte. Die deutsche Kommunistische Partei hat 1200 Funktionäre ausgeschlossen. Die österreichische Kommunistische Partei hat nicht genug Mitglieder, daß sie so viele ausschließen könnte. Aber den Krach hat sie. Die Rolle von Ruth Fischer spielt ein Dr. Fren. Er sagt der KPD, nach, sie habe ... auf die wertvollen breiten Massen nicht nur keinen Einfluß, sondern sie hat mit ihnen nicht einmal Verbindung, sie hat nicht einmal das Ohr der großen Masse, ja wird von der großen Masse nicht einmal angehört, sie sei pauschal ein bedeutungsloser Dred.

Fren kämpft nichtsdestoweniger um die „Macht“ in diesem bedeutungslosen Dred, mit Fraktionsstimmungen, geheimen Zusammenkünften, eigenen Beiträgen. Dafür ist er ausgeschlossen worden, und die Wiener „Rote Fahne“ widmet 30 (dreißig) Artikel seiner Hinrichtung. Schade um das Papier. Schade um das Geld, das Rostau zahlt. Eine Harlekinade abseits von der Arbeiterbewegung.

Indessen, diese Harlekinade zeigt wie ein Hohlspiegel in verkleinerten, aber verschärften Zügen den deutschen Kommunisten, welchen Unfug sie eigentlich betreiben.

## Norwegen und der Alkohol.

### Abbau des Verbots.

Oslo, 12. Januar. (WTB.) Dem Staatsrat wurde ein Vorschlag betreffend Aufhebung des Branntweinverbots unterbreitet. Einfuhr und Engrossumfuh von Branntwein werden unter das Weinmonopol verlegt und der Detailhandel unter dessen Verkauf. Das Recht zum Verkauf von Branntwein ist abhängig von der Erlaubnis der kommunalen Behörden und diese Erlaubnis soll vorläufig nur in den Städten erteilt werden, in denen die Volksabstimmung im vergangenen Herbst eine Mehrheit für die Aufhebung des Branntweinverbots ergab.

Nach dem Jahre 1932 soll die Frage betreffend Verkauf und Ausschank von Branntwein in einer Gemeinde zum Gegenstand einer kommunalen Volksabstimmung gemacht werden können. Der Gesetzentwurf enthält keinerlei Bestimmungen über Rationierung, sondern baut sich auf einer sehr einfachen Kontrolle auf. Diejenigen, die Branntwein kaufen, sollen mit einer Karte versehen sein, die angibt, daß der Karteninhaber nicht zu jener Klasse von Personen gehört, die ein Recht zum Kauf nicht haben, zum Beispiel Personen, die wegen Uebertrretung des Alkoholgesetzes bestraft worden sind. Weiter enthält das Gesetz Bestimmungen, die ein Touristenhotel, dem die Gemeinde das Recht zum Ausschank von Wein und Bier verweigert hat, berechtigen, diese Verweigerung dem König zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten.

Der Leiter der Minderheitsabteilung des Völkerbundes, Colban, bezieht Oberösterreich. Er will sich beim neutralen Präsidenten Calderon über die Minderheitsfragen persönlich informieren.

# Hilfe bei der Berufswahl.

## Ein Segen für die Kinder — und für die Eltern!

Die vom Landesberufsamt Berlin veranstaltete Vortragsreihe über Berufswahl wurde am Dienstag mit Vorträgen über grundlegende Forderungen der Berufsberatung eröffnet. Den großen Hörsaal der staatlichen Kunstbibliothek (Prinz-Albrechtstraße 7a) füllte eine dichtgedrängte Zuhörerschaft, die aus Eltern, Vormündern, Lehrern, Wohlfahrtspflegern, Jugendpflegern und auch vielen Jugendlichen sich zusammensetzte.

Einleitend sprach Direktor Dr. Liebenberg (vom Landesberufsamt Berlin) über die vom Berufsberater zu leistende Hilfe bei der Berufswahl. Die wirtschaftliche und technische Entwicklung mehr und mehr die Berufsarten (es gibt schon über 15 000 verschiedene Berufsbezeichnungen) und erschwert immer mehr die Ueberblick über die Berufsmöglichkeiten. Dazu kommt, daß die meisten Berufe „überfüllt“ sind. In jährlich etwa 40 000 Fällen wird die Hilfe der Berliner Berufsberatung in Anspruch genommen. Eltern fragen gewöhnlich nur, welche Berufe die aussichtsreichsten sind. Berufsberater müssen auch danach sehen, auf welchen Beruf Eignung und Neigung ein Kind hinweisen. Die Eltern sollten das schon beachten, wenn sie ein Kind von der Grundschule zur höheren Schule bringen wollen. Ein Junge, der mit abgeschlossener Volksschulbildung in eine Handwerkslehre geht, findet ein besseres Fortkommen als andere, die in unteren Klassen höherer Schulen hängen bleiben und dann von Handwerksmeistern ungern noch genommen werden. Die Wahl der richtigen Schule und danach die Wahl des richtigen Berufes bemahren die Eltern und das Kind vor Sorge und Leid.

Die Forderungen des Arztes bei der Berufswahl erörterte

Dr. Pryll, Chefarzt der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin. Er zeigte, wie verhängnisvoll eine Berufswahl werden kann, wenn dabei nicht auf die gesundheitliche Eignung geachtet wird. Dr. Pryll, der früher Gewerbearzt war, hat vor längerer Zeit durch sorgfältige Beobachtung von Lehrlingen festgestellt, daß unter den nicht von einem Arzt vor der Berufswahl untersuchten Lehrlingen 27 Proz. im ersten Jahr ihrer Lehrzeit erkrankten. Der deutschen Berufsberatung sei nachzuräumen, daß sie von Anfang an den Arzt als Berater hinzuzuziehen habe. Der Arzt muß den Gesundheitszustand des Jugendlichen prüfen, etwaige Krankheitsanlagen ermitteln und die Einwirkungen des zu wählenden Berufes beurteilen. Er muß die Berufe und ihre Eigenart kennen und zu diesem Zweck in dauernder Verbindung mit Gewerbe und Industrie bleiben. Der Vortragende nannte einige Beispiele von Berufen, die fälschlich als „leicht“ gelten, den Gärtnerberuf, den Buchbinderberuf, den Buchbinderberuf, deren Anforderungen manchem Schwächlichen nur zu bald fühlbar werden. Dr. Pryll wünscht, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit ärztlichen Rates bei der Berufswahl in weitesten Kreisen des Volkes sich verbreiten möge.

Lehrer Bogen, Leiter der Eignungsprüfungsstelle beim Landesberufsamt Berlin, gab einen Einblick in die Arbeit der psychotechnischen Eignungsprüfung. Viele Eltern achten kaum darauf, welche Fähigkeiten ein Kind schon im Spiel verrät. Die Mißgriffe in der Schulwahl könnten sich verringern, wenn Eltern ihre Kinder richtiger zu beurteilen wüßten. Wer für die eine Sache dummt ist oder scheint, kann für eine andere sehr klug sein — und umgekehrt. Zur Eignungsprüfung bei der Berufswahl hat die Prüfungsstelle besondere Methoden und Instrumente, die zuverlässigere Feststellungen ermöglichen.

Die lehrreichen Vorträge wurden durch Vorführung von Lichtbildern ergänzt.

## Die Schule dem Staate.

Im Rahmen einer Werbeversammlung referierte Genosse Oberstudienrat Dr. Karsten in der Aula Friedenstr. 31 über das Thema: „Warum müssen wir unsere Kinder in die weltliche Schule schicken?“

Er führte aus, die Hoffnung auf eine einheitliche Schule in Deutschland hat sich zerschlagen. Schon der Weimarer Kompromiß hat gezeigt, daß man außer den Gemeinschaftsschulen noch andere Schulen schaffen müsse. Und die spätere Entwicklung ergab, daß der Gedanke einer Einheitschule immer mehr zurückgedrängt wurde. Zunächst war die einheitliche religionslose Schule die Regel. Die Konfessionsschule sollte nur auf Antrag der Erziehungsberechtigten errichtet werden. Doch drehte sich das Verhältnis bald um. In dem letzten Schulgesetzentwurf sind die Konfessionsschulen die Regel. Wahn schließlich dieser Weg führt, zeigt das Konkordat in Bayern, der Vertrag zwischen Kirche und Staat, der die Schule ganz unter die Macht der Kirche stellt. Parallel mit dieser Entwicklung geht natürlich die Lehrerbildung, und die Akademien in Preußen sind ja bereits konfessionell. Für die Lehrer ist die Vorherrschaft der Kirche über die Schule unerträglich, denn jeder ihr nicht genehme Lehrer kann durch die Kirche sein Amt verlieren. So hat die Gesamtheit des Volkes das größte Interesse, die Schule dem Staate zu erhalten. Der Redner zeigte entwicklungsgeographisch, wie die Lebensnotwendigkeiten der heutigen Menschen entstanden. Ein Bedürfnis aus Furcht vor unbekanntem Naturkräften, Schutz bei einem höheren Wesen zu suchen, hört auf. Auch in seelischen Werten ist die Lebensgemeinschaft, der Kamerad, der Genosse die Hilfe. Das Proletariat hat erkannt, daß die Gemeinamkeit seiner Arbeit seine Macht und seine Stärke ist. Die Schule, die Menschen erziehen soll, die sich dieser Gemeinschaft einordnen, muß aus dieser Befinnung entspringen. Das kann nicht mehr Sache der Kirche sein. Die Lebensgemeinschaftsschule gehört dem Staat, der Gesamtheit des Volkes. An Beispielen aus dem Unterricht zeigte sodann der Redner, wie die Erziehungsarbeit einer solchen Schule diesem Ziel zuführt. Er wies den Vorwurf, der oft erhoben wird, die weltliche Schule erziehe die Kinder nicht zu moralischen Menschen, zurück. Er zeigt gerade, daß erst die Lebensgemeinschaftsschulen, dadurch, daß sie aus der Gemeinschaft heraus erzieht, die Kinder zu moralischen Menschen macht. Die Aussprüche unterstrich nur, nachdem auch ein Gegner zu Worte kam, die Ausführungen des Redners. Mit der Aufforderung an die Versammelten, alle Kräfte zur Errichtung von weltlichen Schulen einzusetzen, schloß die Versammlung.

## Aushebung einer Fälscherwerkstätte.

Eine Fälscherwerkstatt, die in großem Umfange seit Oktober 1925 Marken für die Invaliden- und Angestelltenversicherung herstellte, wurde in Spandau von der dortigen Kriminalpolizei ausgehoben. Der Fälscher, die Betreiber wurden hinter Schloß und Riegel gesetzt.

## Für die hungernden Schulkinder.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag eingereicht:

„Die Mittel für die Schulkinderernährung sind in verschiedenen Bezirken so weit erschöpft, daß zum Teil eine Verminderung der Speisen auf ein Drittel des bisherigen Umfanges erfolgen mußte. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Fortsetzung der Speisung und erucht den Magistrat um eine dahingehende Vorlage.“

Ueber den Antrag wird die Stadtverordnetenversammlung am morgigen Donnerstag zu entscheiden haben.

## Die neuen Düngemittel.

Der Verein Deutscher Düngemittelhersteller lud zu einem Vortrag über die „physiologische Reaktion der Düngemittel“ ein. Der Zweck der Veranstaltung war, einer größeren Allgemeinheit die überaus günstige Wirkung des Superphosphates als Düngemittel erneut vor Augen zu führen, das, im Vergleich zu allen anderen Düngstoffen, keinerlei säuernde Veränderung des Bodens im Gefolge hat. Die Fabrikation des Superphosphates ist auf das Jahr 1840 zurückzuführen, wo Liebig durch seine Arbeiten die Grundlage für eine Industrie gab, welche die Aufgabe hatte, die in der Natur vorkommenden unlöslichen und daher das Pflanzenwachstum nur in sehr bescheidenem Umfange fördernden Phosphate in einen leicht löslichen Dünger umzuwandeln. In letzter Zeit glaubte der Betriebswissenschaftler Professor Kerebow ein starkes Sparen mit Superphosphat empfehlen zu können, um die erhöhten landwirtschaftlichen Betriebskosten — nach dem Kriege setzte eine erhebliche Verteuerung dieses Düngstoffes ein — zu reduzieren. Man ist jedoch in dieser Beziehung sowohl in der Wissenschaft wie in der Praxis weit über das Ziel gegangen. Die Superphosphat-Industrie kommt den Landwirten dadurch entgegen, daß sie durch eine scharfe Rationalisierung in der Lage gewesen ist, die erheblich gestiegenen Phosphatpreise wieder fast auf das Vorkriegsniveau zu senken. Nach den Ausführungen von Kommerzienrat Komroth, Halberstadt und Prof. Kappen, Bonn, folgte die Vorführung eines Filmes, der die Bedeutung der Superphosphates und seine Erfolge in der Landwirtschaft zum Ausdruck brachte.

## Oberst Heymannsberg vor dem Reichsbanner.

Das Reichsbanner hatte zu gestern Abend eine Funktionärerversammlung einberufen. In der Polizeioberst Heymannsberg über die „Polizei der Großstadt“ sprach. Die Polizei im heutigen Staate, so führte der Redner aus, unterscheidet sich im wesentlichen von der Polizei der Vorkriegszeit. Früher war die Polizei ein Machtinstrument einzelner Herrscher und Fürsten und darum verfaßt bei der Bevölkerung, während im Volksstaat die Polizei im Dienste der Allgemeinheit tätig ist. Dieser Dienst in der Allgemeinheit legt dem Polizeibeamten die Pflicht auf, nach allen Seiten hin auch im politischen Kampfe als der neutrale Mittelpunkt zu erscheinen. Die Bevölkerung, die teilweise noch in Erinnerung an die Polizei der Vorkriegszeit bei irgendwelchen Anlässen oder Zusammenstößen sich gegen die Polizei stellt, verzieht, daß der Polizeibeamte im Dienste des Staates tätig ist. Die Polizeibeamten haben, als 1918 das Staatsgewerbe zu krachen begann, ihren Dienst nach wie vor weiterverrichtet; ohne Rücksicht was kommen werde, haben sie sich den neuen Machhabern zur Verfügung gestellt, um Ordnung und Ruhe soweit wie möglich aufrechtzuerhalten. Wir wissen, daß jeder Beamte, vom Unterwachtmeister bis zum Kommandeur nicht des Gehalts wegen, sondern aus Ueberzeugung für den republikanischen Staat eintritt. Minister Seeger hat mit seinen Worten „Bitte treten Sie näher“, sagen wollen, daß Polizei und Bevölkerung zusammenarbeiten müssen. Diese Zusammenarbeit legt auch der Bevölkerung die Verpflichtung auf, am Ausbau des heutigen Staates mitzuwirken. Daß die Polizei treu zur Verfassung steht, hat sie oft bewiesen. Im Anschluß an die Ausführungen des Polizeiobersten Heymannsberg sprach Bauvorstand Koch, der ausführte, daß die Polizei in ihrer Arbeit auf die weiteste Unterstützung der Bevölkerung rechnen müsse. Daß die Polizei ihre vielfältigen Aufgaben nur dann richtig lösen könne, wenn die Zusammenarbeit von Polizei und Bevölkerung hergestellt sei.

Genossin Lädke, geb. Jubel, sendet uns folgende Zeilen: Aufschick des Todes meines lieben Vaters, Fritz Jubel, sind uns so viele Beweise der Wertschätzung und Liebe zugegangen, daß es uns nicht möglich ist, allen persönlich zu danken. Ich bitte darum, den herzlichsten Dank an dieser Stelle aussprechen zu dürfen.

Genosse Karl Vid bittet uns mitzuteilen, daß er mit dem in Ludenwalde verhafteten Fälschspieler gleichen Namens nicht identisch ist.

„Berlin in Wort, Bild und Lied.“ Die vom Bezirksamt Mitte veranstaltete, acht Abende umfassende Vortragsreihe beginnt am Mittwoch, dem 12. Januar, 8 Uhr abends, im Bürgeraal des Berliner Rathauses mit einem Vortrag von Dr. Franz Lederer: „Gang und Klang aus der Zeit der Romantik“. Die Gesänge werden von Charlotte Freyer und Alexander Flehsburg vom Berliner Rundfunk ausgeführt. Am Flügel: Emil Schwartzkopf.

## Die Flüsse steigen!

Bauhen, 12. Januar. (WTB.) Erneutes Hochwasser sucht infolge der Schneeschmelze in den bayerischen Bergen und des anhaltenden Regens das Spreetal und die Umgegend von Bauhen heim. Weite Gebiete sind überschwemmt. Wiesen und Felder stehen unter Wasser. In einer großen Anzahl von Ortschaften sind Straßen und Wege überflutet. Teilweise steht das Wasser bereits in den Hausgärten und bedroht die Häuser. Schwer heimge sucht ist vor allem das Oberland, wo das Wasser starkes Gefälle hat. Die Uberschwemmung reicht beinahe an den Stand des großen Hochwassers vom vorigen Sommer. Die Straße von Rodewitz nach Reberwitz ist überschwemmt. Das Bielental bei Groß-Pölsitz bildet einen langgestreckten See. Das Tal bei Dehne ist völlig unter Wasser gelegt und unpassierbar.

Görlitz, 12. Januar. (WTB.) Im Laufe der Nacht ist die Neise um weitere 40 Zentimeter gestiegen. Heute morgen um 4 Uhr betrug der Pegelstand 310 Meter. Um 6 Uhr war er unverändert, so daß mit einem Stillstand bzw. Zurückgehen des Hochwassers für die nächsten Stunden gerechnet wird. Die Fluten haben während der Nacht auch die Bleichen vollständig unter Wasser gesetzt.

Prag, 12. Januar. (WTB.) Im Laufe des gestrigen Tages wurde von allen Flüssen Nordböhmens ein ständiges Steigen des Wasserstandes gemeldet. Die Adler ist 3 Meter über normal gestiegen und hat in großer Breite die Ufer überschwemmt. Infolge des andauernden Regenwetters im Gebirge und der eingetretenen Schneeschmelze ist mit weiterem Steigen der Flüsse zu rechnen. Den letzten Nachrichten zufolge ist im Riesengebirge leichter Frost eingetreten. In ganz Mähren ist ebenfalls ein Steigen der Flüsse zu verzeichnen.

Paris, 12. Januar. (TL.) Infolge der Regenfälle der letzten Tage und der Schneeschmelze sind in verschiedenen Gegenden Frankreichs die Flüsse im Steigen begriffen. Dies trifft besonders bei der Maas zu. Die Saone steigt stündlich um 3 Zentimeter, so daß man damit rechnen muß, daß sie demnächst über die Ufer treten dürfte. Die Anwohner haben bereits die nötigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Erdhölle in Italien. In Nicosa wurden kurz hintereinander drei starke Erdstöße verpürt. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Mehrere Häuser wurden beschädigt.

## Der Protestresolutions-„Klassenkampf“.

### Reklamierete Resolutions-Bestellungen.

Der Schiedspruch über die Arbeitszeit im mitteldeutschen Bergbau kann die Arbeiter gewiß nicht befriedigen. Während die Bergarbeiter sich zunächst damit abfinden und sich darauf vorbereiten müssen, mit dem Mehrarbeitszeitabkommen im Frühjahr gründlich aufzuräumen, sucht die KPD. fortgesetzt die jetzt mehr denn je notwendige Geschlossenheit der organisierten Bergarbeiter Mitteldeutschlands zu fördern, die Bergarbeiter gegen ihren Verband aufzuputtsen, der „die Kumpels verraten“ habe. Um den Beweis für diesen „Verrat“ zu erbringen, veröffentlicht die KPD-Presse angeblich aus Bergarbeiterkreisen kommende Zuschriften und Resolutionen, die die höchste Entrüstung dokumentieren sollen. Da nun längst auch in Arbeiterkreisen nicht mehr ganz unbekannt ist, wie die Entrüstung gemacht wird, verfehlt das Geschrei seine Wirkung. Das wird um so mehr der Fall sein, wenn wir an einem ekkanten Beispiel die Sache aufzeigen.

Die organisierten Bergarbeiter stehen in musterhafter Disziplin zu den Beschlüssen ihres Verbandes und der maßgebenden Konferenzen. Das gefüllt dem „Klassenkampf“ in Halle ganz und gar nicht. Er will seinen „revolutionären“ Befähigungsnachweis erbringen und wird sicherlich auch „von oben“ gedrängt, „Material“ zu bringen. Er gibt sich auch die redlichste Mühe, reißt Tag für Tag die Gewerkschaftsführer herunter und glorifiziert die „reformistische“ Gewerkschaftstaktik; allein die Bergarbeiter haben mit den ganzen kommunistischen Theaterdonner nichts zu tun.

In den Bergarbeiterkreisen Mitteldeutschlands kümmert sich kein Mensch um die Meinung der KPD. in Gewerkschaftsfragen. Um so weniger, als die Bergarbeiter es noch nicht vergessen haben, daß die zeitweilige Schwächung und Einstuflosigkeit der Gewerkschaften hauptsächlich die schädliche Folge der kommunistischen Wählerarbeit war.

Trotzdem muß die KPD-Presse so tun, als ob — alle Bergarbeiter hinter ihr ständen. In ihrer Verlegenheit schickt die Redaktion des „Klassenkampf“ in Halle ihren Berichterstatter unter dem 5. Januar folgende Mahnung:

Werter Genosse!

Wo bleiben Berichte über Protestresolutionen Deiner Betätigung und B.V.-Zahlstelle gegen die Haltung des B.V. und der Resolution der halleischen Konferenz? Der „Klassenkampf“ muß überschüttet werden mit solchen Nachrichten. Macht Ihr von der dortigen Partei aus etwa keine Kampagne? Dringende Antwort unbedingt erforderlich.

Mit komm. Gruß

Redaktion des „Klassenkampf“, Halle a. d. S.

Für die KPD-Presse dreht es sich also keineswegs darum, Material gegen das Unternehmertum im mitteldeutschen Bergbau zu bekommen, gegen das reaktionäre Scharfmachertum, gegen die lange Arbeitszeit, sondern um eine Parteilampagne gegen die Organisation der Bergarbeiter gegen den Bergarbeiterverband und gegen die Beschlüsse der Konferenzen der Bergarbeitervertreter. Was sollen die armen Berichterstatter des „Klassenkampf“ denn tun, um ihre Redaktion zufriedenzustellen? Sie können sich doch die bestellten „Protestresolutionen“, mit denen sie das Kommunistenblatt überschütten sollen, nicht aus den Kerneinschüßeln? Eine Heßkampagne gegen den Bergarbeiterverband sollen sie inszenieren, um ihr Parteiorgan zu bedienen!

Die Bergarbeiter aber sind nicht so dumm und gewissenlos, die KPD-Presse mit Protestresolutionen gegen ihre eigene Organisation zu überschütten; ihre Flüche über eine derart verbrecherische Art „Klassenkampf“ reichen völlig aus, die KPD-Presse zu überschütten.

Ein zweitesmal lassen die Bergarbeiter sich ihre Organisation nicht mehr zertrümmern, weil die Kommunisten nicht schlimmer gegen den Bergarbeiterverband wüten könnten, wenn sie von den Grubenkapitalisten dafür bezahlt würden. Die hier aufgezeigte Protestkampagne muß auch dem einfältigsten Arbeiter die Augen öffnen über das „revolutionäre“ Treiben der KPD.

## Die Not der Landarbeiter.

Wie groß die Notlage der Landarbeiter ist, wird neben vielem anderen Material jetzt auch mit Zahlen belegt, die die Magdeburger Gauleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes bekanntgibt. Die Zahlen zeigen die in verschiedenen Orten Mitteldeutschlands festgestellte Verschuldung der Landarbeiterfamilien auf. Danach sind beispielsweise in Barbis, Kreis Salze, rund 100 Landarbeiter bei den Kaufleuten und Fleischern, bei Bädern und Schneidern mit insgesamt 2800 M. verschuldet. Für die Beschaffung der allernotwendigsten Gegenstände ist ein Aufwand von mindestens 1000 M. erforderlich. In Schönebeck, Salze, Staßfurt, Bitterburg, Wittenleben, Förderfeld und Groß-Rosenberg konnte festgestellt werden, daß bei 220 Landarbeiterfamilien eine Schuldenlast von 17.290 M. in Frage kommt. Die von den Familien dringend benötigten Gegenstände beschaffen sich auf eine Summe von 22.000 M.

Für die Art, in der sich die geschilderten Zustände im einzelnen auswirken, wird folgendes Beispiel angeführt: In M., Kreis W., unteres Bezirks, befindet sich der 25 Jahre alte Landarbeiter S., verheiratet und Vater von vier Kindern. S. und seine Frau sind als äußerst fleißig, sauber und fleißig im Orte bekannt. Trotzdem beläßt die größte Spararbeit walten lassen, kann sich die Familie bei ihrem wöchentlichen Einkommen von 10,80 M. nicht die geringste Anschaffung leisten. Im Gegenteil, die Familie ist derart verschuldet, daß die Frau gezwungen ist, am Wochenlohn den erbärmlichen „Lohn“ ihres Mannes zu nehmen, damit zu den Geschäftskleuten zu gehen und die in der vergangenen Woche gemachten Schulden zu begleichen, damit sie in der nächsten Woche wieder etwas an Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen geborgt bekommt.

Kurz vor Weihnachten war nur der Zeitpunkt gekommen, wo der Familie nichts mehr geborgt wurde, weil die alten Schulden nicht voll bezahlt werden konnten. In zerrissener Kleidung und stark defekten Schuhen mußte der Mann zur Arbeit gehen. Jemand etwas für die Kinder zu Weihnachten zu beschaffen, war der Familie unmöglich. Mit Hilfe eines sozialdemokratischen Kreisratsabgeordneten und des Gemeindevorsehers gelang es dann, beim Kreisamtsratsamt eine Notfallunterstützung von 20 M. zu erwirken. Damit wurden dann die schadhafte Arbeitschube wieder hergerichtet, das Notwendigste an Arbeitskleidung gekauft und einige winzige Kleinigkeiten für die Kinder als Weihnachtsgeschenke beschafft.

Solche Feststellungen kann die Deffentlichkeit unmöglich weiter ruhig hinnehmen, soll die Langmut der Landarbeiter nicht mißbraucht und soll ihr Glaube an die Gerechtigkeit nicht ganz zerdrückt werden. Was entstehen muß, ist ein scharfer und anhaltender Druck auf die landwirtschaftlichen Unternehmer, der ihnen zum Bewußtsein bringt, daß sie nicht nur ein Anrecht auf Verdienst, sondern auch die Pflicht haben, für ein menschenwürdiges Dasein der Arbeiter zu sorgen, die ihnen den Verdienst schaffen helfen.

## Zwangsinnungs-„Pflichten“.

Die „Handwerks-Zeitung“ der Berliner Handwerkskammer berichtet über eine recht merkwürdige Entscheidung des Bezirksausschusses zu Potsdam. Die Freireisungsentscheidung in Brandenburg hält ihre Versammlungen Montags nachmittags ab. Ein Mitglied dieser Innung blieb der Quartalsversammlung mit der richtigen Entschuldigung fern, er könne nicht sein Geschäftsschließen, um zur Versammlung zu kommen. Trotz dieser Entschuldigung wurde das Zwangsmittel von dem Vorstand der Zwangsinnung in eine Ordnungsstrafe genommen und da die Zahlung verweigert ward, die Aufsichtsbehörde in Bewegung gesetzt, um diese „Ordnungsstrafe“ für die Zwangsinnung einzuziehen. Die Aufsichtsbehörde hob die Geldstrafe auf, und zwar mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des betreffenden Geschäftsinhabers, der wahrscheinlich ein Alleinmeister ist.

Die Zwangsinnung beruhigte sich jedoch nicht mit dieser Entscheidung, rief vielmehr den Bezirksausschuß zu Potsdam an. Allein der Bezirksausschuß entäußerte insofern die auf ihn gesetzten Hoffnungen des Zwangsinnungsvorstandes, als er den Beschluß der Aufsichtsbehörde (der Magistrat zu Brandenburg) beirrat, jedoch erklärte, daß „der Beklagte“ aus dieser Entscheidung nicht das Recht herleiten könne, auch in Zukunft unter gleichen Verhältnissen der Innungsversammlung fernzubleiben.

„Unter den gleichen Verhältnissen“ mußte der Freireisungsmeister bei der nächsten Versammlung wiederum fehlen. Er wurde „natürlich“ und nun erst recht in „Ordnungsstrafe“ genommen. Die Aufsichtsbehörde erklärte wiederum, daß die von dem „Beklagten“ erneut vorgebrachten Gründe geschäftlicher Natur zur Entschuldigung ausreichten.

Der Vorstand der Zwangsinnung, der zu derartigen Geschäften gegen seine Mitglieder viel Zeit zu haben scheint, wandte sich wiederum an den ihm offenbar geneigteren Potsdamer Bezirksausschuß, der „unter Aufhebung des Beschlusses des Magistrats in Brandenburg“ die Beschwerde „des Beklagten“ über die Ordnungsstrafe seines Innungsvorstandes zurückwies. In der Begründung dieser Entscheidung heißt es:

„Als Mitglied einer Zwangsinnung muß er... unterlassen Umständen seine Innungspflichten erfüllen. Sein Hinweis wiederum auf die wirtschaftliche Lage kann nicht mehr berücksichtigt werden... Solange die Innungsversammlung nicht einen anderen Zeitpunkt für ihr Zusammenkommen festsetzt, muß der Kläger Sorge tragen, seine Privatinteressen mit seinen Innungspflichten zu vereinen. Kann die Teilnahme an der festgesetzten Versammlung nur durch Schluß des Geschäfts ermöglicht werden, so muß auch dies im Innungsinteresse geschehen. Ein Verstoß gegen den § 100 a R.O. (der den Zwangsinnungen verbietet, ihre Mitglieder in der Festsetzung ihrer Preise und in der Annahme ihrer Kunden zu beschränken!), liegt nicht vor.“

Wir sind der Meinung, daß die zu Mitgliedern einer Zwangsinnung gezwungenen Meister, die mit der Zünfterei nicht sympathisierenden Mitglieder, in erster Linie die Versammlung der Zwangsinnung besuchen müssen, um dort auch ihre Auffassungen zur Geltung zu bringen. Bei sachlichem Vorgehen können sie in diesem oder jenem Falle auch mit ihrer Meinung durchdringen. Schlimm genug, wenn eine Innungsleitung, die es nicht versteht, die Versammlungen für die Zwangsinnung einladend zu gestalten, von einer schlecht beschlenen Innungsversammlung eine Strafbestimmung in ihren Sitzungen beschließen läßt für den Fall des Fernbleibens von der Versammlung, und die Aufsichtsbehörde eine derartige Sühnebestimmung genehmigt. Doch dann eine Innung obendrein diese Bestimmung derart mißbraucht, den Versammlungstermin in die Ladengeschäftszeit zu legen, ohne Rücksicht auf die ohne Gehilfen arbeitenden Alleinmeister, ist ein Uebergriff, den die Aufsichtsbehörde gegebenenfalls zurückweisen muß, wie es der Brandenburger Magistrat auch getan hat. Die Entscheidung des Potsdamer Bezirksausschusses aber, der einfach dekretiert, das Zwangsinnungsmittel muß sein Geschäft schließen, seine Erwerbsinteressen den konstruierten Innungspflichten, dem Zwang zum Versammlungsbesuch, hintensetzen, ist einfach Standals.

Aus den Kreisen der Zünftler ertönt von Zeit zu Zeit immer wieder großes Geschrei über angeblichen „Terrorismus der Gewerkschaften“. Der Zwangsinnungs-Terrorismus aber soll wohl auf solchem Wege legalisiert werden?

## Nochmals: Ruheohn der Elektrizitätsarbeiter.

Zum Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben: Die in der gestrigen Abendausgabe des „Vormärts“ veröffentlichte Mitteilung über die Einführung von Ruhegehalt für die in den Elektrizitätswerten beschäftigten Arbeiter bedarf einer Ergänzung. Entsprechend den Vorkäufträgen mit der Stadt Berlin unterstanden bisher schon alle vor dem 1. Januar 1924 in den Elektrizitätswerten beschäftigten Arbeiter den Ruheohnbestimmungen für die städtischen Arbeiter. Entgegen den Bestimmungen, wie sie in den Gas- und Wasserwerk-Aktiengesellschaften getroffen waren, nach denen auch die nach dem 1. Januar 1924 eingetretenen Arbeiter unter die Ruhe-

gehaltsbestimmungen fielen, lehnte bisher die Direktion der Elektrizitätswerte Aktiengesellschaft die Unterstellung dieser Arbeiter unter die Ruheohnbestimmungen ab. Die längeren Verhandlungen, die der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Verband der Maschinen- und Heizer in der letzten Zeit führten, peranzulassen die Direktion, eine tarifliche Vereinbarung zu treffen, die nunmehr alle Arbeiter der Elektrizitätswerte in bezug auf Ruheohn gleichstellt. Die neuen Beträge sind demnach auch in der Ortsverwaltung Berlin der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu haben.

## Moskau oder Amsterdam.

Amsterdam, 12. Januar. (TU.) Heute beginnt in Amsterdam die Jahresversammlung der Internationalen Gewerkschaftsvereinigung, zu der Vertreter aus England, Frankreich, Italien, Deutschland, der Tschechoslowakei, Spanien, Dänemark, Ungarn, Polen und Holland eingetroffen sind. Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht die russische Frage.

## Gewerkschaften in der Tschechoslowakei.

Prag, 12. Januar. (TU.) In der Tschechoslowakei gab es, wie eine jetzt veröffentlichte Statistik besagt, am 31. Dezember 1925 zusammen 13 Gewerkschaftszentralen, davon 8 tschechische und slowakische, 4 deutsche und eine kommunistische. In diesen Zentralen waren 319 Gewerkschaften zusammengeschlossen, von denen 238 tschechisch-slowakisch, 66 deutsch und 15 kommunistisch sind. Ferner gab es 113 tschechische und 46 deutsche Gewerkschaften, die keiner Zentrale angehörten. Von den darin organisierten 1708 000 Arbeitern entfielen auf die tschechischen und slowakischen Gewerkschaftszentralen 989 000 oder 58 Proz., auf die deutschen Gewerkschaften 306 000 oder 18 Proz. und auf die kommunistischen Zentralen 201 000 oder 12 Proz. Außerdem waren in den Zentralen nicht angeschlossene Gewerkschaften organisiert: 169 000 tschechische und 42 000 deutsche Arbeiter. Bezeichnend ist, daß die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften überhaupt von 1921 bis 1924 von 1 979 000 auf 1 669 000 gefallen ist und erst jetzt wieder in einem kleinen Aufstiege begriffen ist.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabends von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

## Wirtschaft

### Verlustabschluss des deutschen Zündholztruffs.

Die Deutsche Zündholzfabriken A.-G., Hamburg (bisher in Kassel), die von dem schwedisch-amerikanischen Zündholztruff beherrscht wird, ist, wie schon früher gemeldet, die Trägerin der großen Fusion in der deutschen Zündholzindustrie. In der Mitte des letzten Jahres die vom Schwedenstruff beherrschten Gesellschaften ausgegangen, nämlich die Stahl-Ritta A.-G., Kassel, die Mitteldeutsche Zündholzfabriken A.-G., Hamburg, die Friedrich Speidel A.-G., Reustadt-Thüringen, die Königsberger Zündholzfabrik A.-G., die Niederhessische Zündwarenfabrik Albrand u. Holznoth G. m. b. H. und ferner das Werk Hennickendorf der Allgemeinen Zündholz-Export-Zentrale (Sitz Hamburg).

In der auf den 30. Juni 1926 gezogenen Bilanz der Dachgesellschaft beträgt das Aktienkapital der Deutsche Zündholzfabriken A.-G. nunmehr 11,8 gegen bisher 4,24 Millionen Mark. Die Anlagewerte, die in der Vorjahresbilanz mit 3,67 Millionen Mark bewertet waren, haben durch die Fusion Zugänge von insgesamt 4,21 Millionen Mark erfahren. Weitere Zugänge, aus dem normalen Ausbau, in Höhe von 509 818 M. werden durch die Abschreibungen um Betrag von 245 340 M. (im Vorjahr 196 691 M.) nur zu einem Teile abgeglichen. Bemerkenswert ist, daß im abgelaufenen Geschäftsjahre die Beteiligungen von 58 626 M. um 620 000 M. gewachsen sind (während die fusionierten Gesellschaften nur 11 356 M. an Beteiligungswerten eingebracht haben); die Expansion der Gesellschaft ist also, auch abgesehen von der Verschmelzung, weiter gegangen. Die Guthaben sind sehr stark, von 0,5 auf 4,4 Millionen Mark, und die Verpflichtungen von 1,4 auf 4,5 Millionen Mark gestiegen. In der Gewinnrechnung kommen die Ergebnisse der Fusion noch nicht zum Ausdruck. Hier ist ein Verlust von 386 727 M. (i. V. Reingewinn 75 048 M.) ausgewiesen. Der Bericht begründet das schlechte Ergebnis mit dem Hinweis auf den im letzten Jahre außerordentlich verstärkten Konkurrenzkampf, der inzwischen durch das vermittelnde Eingreifen der Reichsregierung (Zwangsinndizierung, Sperrgesetz) sein Ende gefunden hat. Die erste Folge war eine starke Preiserhöhung.

Außerhalb der neuen Produktionskontingentierung stehen bekanntlich nur die Zündholzfabriken der GGG.-Hamburg als Konkurrenz und Preisregulator. Daß die Schwedenstruffgruppe in ihrer Expansion fortfährt, zeigt die kürzlich eingegangene Meldung von dem Ankauf der beiden württembergischen Fabriken Fischer A.-G., Kleebrunn, und Weissenbach in Gerabronnen.

**Verflechtung der amerikanischen Handelsbilanz.** Das amerikanische Handelsamt gibt die Warenausfuhr für 1926 mit 3409 Millionen Dollar gegenüber 3503 Millionen im Jahre 1925 und 1733 Millionen im Jahre 1913. Die Wareneinfuhr, die im Jahre 1913 rund 1327 Millionen Dollar betrug, steigerte sich im Jahre 1925 auf 3079 und im Jahre 1926 auf 3322 Millionen Dollar. Der amerikanische Außenhandel im Jahre 1913 einen Ueberschuß (Aktiva) in Höhe von 406 Millionen Dollar. Im Jahre 1924 machte er 454 Millionen und im Jahre 1925 rund 424 Millionen aus. Er fiel im Jahre 1926 auf 87 Millionen Dollar. — Damit nähert sich Amerika der Passivität seiner Handelsbilanz; ein für ein Kapitalausfuhrland eigentlich normaler Zustand.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Alingehöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Gahrn; Revisionen: Dr. John Schlemmer; Solales und Konflikte: Fr. Karst; Anzeigen: H. Glöck; Ähnlich in Berlin. Verlag: Sowjunkt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Sowjunkt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3.

**Berliner Elektriker Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sog. Baubetriebe  
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 6525, 6526  
Filiale Westen, Wilmersdorf  
Landhausstr. 4, Tel.: Plötzburg 9631  
Ausstellungsräume und Lager:  
Alexanderstraße 39-40 (Alexander  
Passage), Telephon: Königstadt 540  
Herstellung elektr. Licht-,  
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf  
aller elektr. Bedarfsartikel  
Ausführg. sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**Ischias**  
schwere Fälle heilbar werden. Ganzlebensdauer  
heilungszustand zu erlangen. Ärztl. empfohlen.  
Berlinerstraße 106. 9-11, 1-4. Sonntag 10-12. Januar

**Läuferstoffe, Teppiche**  
**Linoleum**  
Wachstuche Tisch-Decken  
**G. Bargende K. O.**  
Charlottenburg  
Windscheidstr. 11, Ecke Pestalozzistr  
Wilmersdorfer Str. 79, Ecke Sybelstr  
Telephon: Steinplatz 4194, 5535, 5536.

**J. Baer, Berlin N20**  
Badstraße 26, Ecke Prinzenallee  
**Neuheiten für den Winter**  
in  
**Herrn- und Knabenmoden**  
Fertig und nach Maß  
**Joppen und Schlafrocks**  
**Sport- und Berufskleidung**  
Trotz billiger Preise nur Qualitätsware

Auscheiden, genau  
auf Namen achten!  
**Nervöse**  
nehmen zur 2. u.  
3. Dosis  
bei  
Nerven folgen  
Besserung:  
1. Baldram  
3 mal täglich  
1/2 Teelöffel in  
Dienstagliche  
Dosis bei reiner  
Schwäche, Gerbe  
schweren, unruhig  
gem. Schlaf etc.  
Zubehören  
aber nur das echte  
„Baldram“!  
1. 50 u. 2.50 in  
Drogen- u. Droh-  
erzien, auch bei  
Cholesterin  
CO-Fabrikanten

**Alberi Springare**  
Großgarage und Tankstelle  
Tag und Nacht geöffnet  
Auto - Reparatur - Werkstatt  
Fernspr. Norden 1276 u. Alexander 4376  
Lothringer Str. 107, Ecke Linien-  
straße 14, am Prenzlauer Tor.  
**HUNDE**  
Katzen, Papageien und alle  
Haustiere werden behandelt.  
**Tierärztliche Poliklinik**  
Chausseestraße 93  
neuen Kriegervereinshaus  
Sprechstunden 11-1 u. 4-6 Uhr  
**Polstermöbel**  
in allen Preislagen, ab Fabrik, bei Teil-  
zahlung kein Aufschlag.  
Sommer, Schöneberg, Hauptstr. 151  
Holzstr. 44 Vorzeiger dieses erhält  
5 Prozent Rabatt.